

**00334-25/2**

16.12.2025

Stellungnahme der Verwaltung.

|                                    |                                   |
|------------------------------------|-----------------------------------|
| Fachbereich/e:                     | Sozialamt<br>Gesundheitsamt       |
| Dezernent*in / Geschäftsführer*in: | Stadträtin Frauke Füsers          |
| Verantwortlich:                    | Gonas, Michael<br>Keßling, Holger |

| Gremium                                       | Termin     | Zuständigkeit | Status     |
|-----------------------------------------------|------------|---------------|------------|
| Ausschuss für Soziales, Arbeit und Gesundheit | 27.01.2026 | Kenntnisnahme | öffentlich |

**Tagesordnungspunkt.**

Situation in der City - soziale Auswirkungen der verstärkten Kontrollen

An die Mitglieder  
des Ausschusses für Soziales,  
Arbeit und Gesundheit

Stellungnahme zu den Fragen der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen und Volt aus der Sitzung des  
Ausschusses für Soziales, Arbeit und Gesundheit am 02.12.2025 Drucksache Nr.:  
00334-25/1

„Situation in der City - soziale Auswirkungen der verstärkten Kontrollen“

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Fragen werden wie folgt beantwortet:

**Frage 1**

Die Gesundheitsverwaltung war über die Schwerpunkteinsätze des Kommunalen Ordnungsdienstes (KOD) in der Innenstadt informiert. Seitens der Ordnungsbehörde wurde darum gebeten, die Aktion parallel durch aufsuchende Sozialarbeit zu flankieren. Im Rahmen der originären Tätigkeiten der Mitarbeitenden des Sozialpsychiatrischen Dienstes wurden Schwerpunkte kurzzeitig dahingehend verlagert, dass Sozialarbeitende innerhalb der City verstärkt aufsuchend auf das Klientel zuzugingen. Es fanden keine gemeinsamen Streifengänge statt. Aus Sicht des Gesundheitsamtes sind diese aufgrund der unterschiedlichen Rollen und inhaltlichen Zielsetzungen von aufsuchender Sozialarbeit als Unterstützungsangebot und ordnungsrechtlicher Einsätze als Kontrollinstrument nicht vereinbar.

Auch die Streetworker\*innen des Sozialamtes waren über die Einsätze des KOD informiert. Gemeinsame Streifengänge werden aus den bereits genannten Gründen auch von den Streetworker\*innen nicht durchgeführt.

**Frage 2**

Erste Rückmeldungen aus dem Drogenhilfesystem zeigen, dass die Erreichbarkeit und damit

einhergehend die Unterstützung drogenabhängiger Menschen im öffentlichen Raum erschwert wurde. Die Menschen hielten sich aus Angst vor Repressionen weniger an den bekannten Szeneorten auf.

Eine Zunahme der Frequentierung der niedrighschwelligen Einrichtungen der Drogenhilfe während der verstärkten Kontrollmaßnahmen war nicht zu verzeichnen. Der Kontrolldruck führte zum Teil zu Verunsicherungen und Anspannungen innerhalb der Drogenszene.

Das Team Streetwork des Sozialamtes beobachtete, dass sich Klient\*innen in Randbereiche der Innenstadt zurückzogen (Kaiser-, Union-, Kreuz-, Klinik- und Saarlandstraßenviertel) Dadurch sind sie für die Mitarbeiter\*innen schwerer zu erreichen und haben größere Schwierigkeiten sich zu versorgen und ggf. Schlafplätze zu finden.

### **Frage 3**

Der Sozialpsychiatrische Dienst (53/4) des Gesundheitsamtes beschäftigt aktuell fünf Sozialarbeitende, die für die Betreuung suchtkrank Menschen zuständig sind. Diese sind im Rahmen ihrer Tätigkeit im gesamten Stadtgebiet, überwiegend aufsuchend, tätig. Es handelt sich nicht um klassisches Streetwork.

Der Fachdienst Soziale Gesundheitsversorgung (53/10) beschäftigt aktuell vier Sozialarbeitende (2,5 Vollzeitäquivalent, VZÄ) in der Methadonambulanz (MAD). Aufgabe ist die psychosoziale Betreuung der substituierten Patient\*innen. Dies geschieht in Teilen aufsuchend. Dabei handelt es sich nur in sehr begrenztem Umfang (rund 0,05 VZÄ) um klassisches Streetwork. Der Großteil der Arbeit erfolgt in der MAD in der Bornstraße.

Des Weiteren arbeiten drei Sozialarbeitende (2,59 VZÄ) im Mobilen Medizinischen Dienst (MMD). Aufgabe ist die sozialarbeiterische Unterstützung, Beratung, Begleitung und Vermittlung der Patient\*innen der hausärztlichen und der psychiatrischen Praxis für Wohnungslose und nicht krankenversicherter Menschen. Ein Teil der Arbeit erfolgt auch aufsuchend. Es handelt sich nur in sehr begrenztem Umfang (rund 0,15 VZÄ) um klassisches Streetwork. Aus fachlicher Sicht wäre sowohl in der MAD als auch im MMD Streetwork sinnvoll, um Menschen im öffentlichen Raum, die bisher die Angebote des Fachdienstes Soziale Gesundheitsversorgung nicht kennen oder noch nicht nutzen konnten, zu informieren und Hemmschwellen oder Berührungängste, gesundheitliche Angebote in Anspruch zu nehmen, abzubauen.

Das Sozialamt beschäftigt vier Streetworker\*innen. Zwei sind unbefristet beschäftigt und gehören zum Stammpersonal. Zwei Streetworker\*innen wurden im Rahmen des Projektes des Sonderstabes „Ordnung und Sicherheit“ für die niedrighschwelligen Übernachtungsmöglichkeiten befristet eingestellt.

### **Frage 4**

Es wird auf die Antwort zu Frage 2 verwiesen - weitere Auswirkungen sind der Sozialverwaltung nicht bekannt.

### **Frage 5**

Die Sozialverwaltung informiert die Zielgruppen dauerhaft über die vorhandenen Hilfe- und Unterstützungsangebote. Eine besondere Informationsoffensive im Rahmen der verstärkten Kontrollen ist nicht bekannt. Der KOD ist über die Hilfe- und Unterstützungsangebote der Sozialverwaltung informiert und gibt diese Informationen ebenfalls regelmäßig an angetroffen Personen, die zu den Zielgruppen gehören, weiter.

### **Frage 6**

Die Frage wurde, bezogen auf das Gesundheitsamt unter Punkt 2 beantwortet.

Die Träger der Angebote für Wohnungslose haben sich zu den Maßnahmen gegenüber dem Team Streetwork des Sozialamtes kritisch geäußert.



**Frage 7**

Im Zuge der Maßnahmen des Sonderstabes wurde in den Räumlichkeiten des Café Flash am Schwanenwall 42 das Nachtcafé als niedrigschwelliges Aufenthaltsangebot für bis zu 30 Personen während der Nachtstunden im September 2025 eröffnet. Aktuell steht das Angebot an fünf Tagen in der Woche zur Verfügung. Eine Ausweitung auf sieben Tage ist zeitnah, in Abhängigkeit von der Personalakquise, geplant. Erste Erfahrungen zeigen, dass das Angebot von der Zielgruppe sehr gut angenommen wird.

Seitens des Sonderstabes wird weiterhin an den Planungen, eine innenstadtnahe niedrigschwellige Übernachtungsmöglichkeit zu schaffen, gearbeitet. Weitere Übernachtungsplätze sind nicht erforderlich, da die Anzahl der Plätze ausreichend ist. Die Schaffung von Tagesaufenthalten erfolgt nicht durch das Sozialamt, sondern durch die Träger der Wohnungslosenhilfe.

Mit freundlichen Grüßen

Frauke Füsers  
Stadträtin